

211022

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf der FDP sieht vor, dass die Staatsregierung jedes Jahr zum 30. Juni einen Bericht vorlegt, welche Fördermittel aus den einzelnen Haushaltstiteln wohin geflossen sind. Ich finde es immer wieder spannend, wie sehr sich die Koalitionsfraktionen wehren, wenn sie einen Bericht über ihre Arbeit abgeben sollen.

Laut dem Entwurf soll außerdem ersichtlich sein, welche Förderprogramme gut laufen und welche nicht. Einige Förderprogramme haben offensichtlich sehr, sehr schlechte Abrufquoten. Entweder sind sie zu kompliziert, oder sie gehen schlicht am Bedarf vorbei. Das Ergebnis sind dann hohe Ausgabereste, ganz besonders bei der Wirtschaftsförderung. Der Oberste Rechnungshof moniert das ja auch jedes Jahr. Also, mehr Transparenz, wohin staatliche Mittel fließen, wäre auf jeden Fall zu begrüßen.

Nebenbei lassen sich so – und ich glaube, das ist das Problem der Regierungskoalition – dann auch Ankündigungen einer Regierung besser überprüfen; denn das Einstellen von Geld in den Haushalt ist ja an sich noch keine Leistung. Die Frage ist, was damit passiert, oder ob nach der schönen Überschrift eines neuen Förderprogramms überhaupt was passiert.

Der Gesetzentwurf würde nicht nur zu Transparenz führen, sondern auch Teil einer Erfolgskontrolle sein, wobei klar ist, dass zu einer echten Erfolgskontrolle nicht nur die Fördermittelnachfrage gehört, sondern auch die Erfolge der geförderten Maßnahmen

gehören. Dass die Berichte in digitaler Form zur Verfügung stehen sollen – das sollte heute eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Wir haben vorhin gehört, dass wir aber auch hier verschiedene Auffassungen haben.

Eine PDF-Datei, die genauso aussieht wie die gedruckten Exemplare früher, ist noch keine Digitalisierung. Digitalisierung bedeutet, dass diese Daten auch nutzbar sind und verarbeitet werden können.

Wir sagen deswegen: Der Gesetzentwurf der FDP geht in die richtige Richtung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)